

Volksstimme

Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Braunschweiger Str. 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2-11 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Freitag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 150 Preis: Monats 4 Mk., 3. u. 4. Quartal 4,50 Mk., 1. u. 2. Quartal 4,50 Mk., oder 15,50 Mk. im Vierteljahr. Bestellschein mit dem Namen des Bestellers auf das Postfachkonto trägt der Verlag die Bestellgebühren.
Halle, Dienstag, den 29. Juni 1920
Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenblatt 60 Pf., im dreispaltigen Anzeigenblatt 250 Pf., für die Württembergische Anzeigenblätter mit 50 Pf. Aufschlag. — Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — 4. Jahrgang

Die neueste Gefahr.

Die Entente verlangt neben der Herabsetzung der Reichsrente auf 100 Millionen neuerdings noch die Aufhebung der Sicherheitspolizei. Der Wortlaut der Note, in denen die Verhältnisse von Bulgarien uns mitgeteilt werden sollen, liegt hier noch nicht vor und es läßt sich daher noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob die uns befürchtete Erhöhung der früheren, also der „blauen“ Polizei genügen wird, um den schweren Schlag, der jetzt gegen Deutschlands Ordnung und friedlichen Wiederaufbau geführt wird, aufzufangen. So widerwärtig es für uns Sozialisten ist, uns immer wieder mit diesen Dingen befassen zu müssen, so muß doch diese neueste Gefahr erörtert werden. Deutschland geht allen Anzeichen nach neuen schweren wirtschaftlichen Krisen entgegen. Der Friede von Versailles, den die meisten Deutschen gar nicht kennen und über dessen Folgen die allerwenigsten sich von Anfang an im Klaren waren, beginnt zu wirken. Der zwanzigprozentige Lohnabzug ist eine dieser Wirkungen, die von der deutschen Arbeiterklasse am empfindlichsten gespürt werden. Durch die unabhängigen kommunikativen Demagogen werden allerdings die Massen irreführt und aufgestört und es wird bei dieser Gelegenheit wieder einmal gegen die sozialdemokratische Partei Sturm gelaufen, die an der neuen Steuererhebung hervorzog und mitgetrieben und dem Lohnabzug zugestimmt hat. Wie die finanziellen Kassen Deutschlands anders als durch die Steuerpolitik gebrochen werden könnten, deren antikapitalistischer Charakter am besten durch die mühsamen Angriffe der Medien gegen Erzberger beleuchtet wird, wird von den Unsterblichen allerdings nicht erklärt. Die Unabhängigen haben zwar selbst und von vornherein erklärt, daß wir das Diktat der Sieger annehmen müßten und sie haben damit die Möglichkeit besserer Friedensbedingungen laboriert. Jetzt aber, wo das Volk die Konsequenzen der Unterzeichnungen tragen muß, spezifizieren sie auf seine Vergeßlichkeit und behen ihn von neuem auf.

Nebenfalls hat eine tiefe Unruhe die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft ob des schweren fühlbaren Opfers ergriffen, das sie jetzt tragen soll und von allen Seiten wird zu Widerstand gegen den Steuerabzug aufgerufen. Eine neue Streikwelle im Zusammenhang mit den unvermeidlichen neuen Gehaltsforderungen steht in ganz Deutschland bevor und mannde durch den Rohstoffmangel und die schädliche Konjunktur bedrohte Industrie sieht diese Selbstverweigerung nicht ungern kommen, weil sie ihr den Rohstoff für Warenlieferungen bieten soll. Auch das hängt mit dem Versailles Vertrag zusammen, von dem die deutsche Friedensdelegation in ihren Noten vor einem Jahr wiederholt prophezeit hat, daß er die Vertiefung Deutschlands als Industrieland bedeutet. Die große Arrie der Arbeitslosigkeit hat bereits begonnen und sie dürfte mit der Zeit immer atuter werden.

Eine andere Folge des verlorenen Krieges und des Versailles Friedens, die schwere Verelendung der Bevölkerung des deutschen Volkes, wirkt auf die Preise der Lebensmittel zurück. Das Brot ist enorm an Preis gestiegen, ebenso die meisten anderen rationierten Lebensmittel, — und wenn die neue bürgerliche Regierung, die die V. S. heben wollte, die Zwangsmaßnahmen aufhebt oder nur weiter „abbaut“, wird die Ernährung noch furchtbarere Dimensionen nehmen. In den letzten Tagen sind in verschiedenen Städten Deutschlands, im Westen, im Norden und im Süden schwere Hungerstrahlen ausgebrochen. Mäanderungen, ja blutige Zusammenstöße zwischen der Menge und der Polizei sind vorgekommen.

Der Versailles Frieden beginnt zu „wirken“.
Jetzt gilt es die schwere Krise zu überwinden, die solange dauern wird, bis die ersten Anfänge eines Sieges der Vernunft auf Seiten der Entente sichtbar werden, bis die Verfindung einer Revision des Versailles Friedens die Kaufkraft der Mark wieder hebt und damit die sonstigen schlimmen Folgen des ungeliebten Diktats beseitigt. Wir werden nie aufhören, den Rechtsparteien vorzuhalten, daß sie durch ihre Fege gegen die Koalitionsregierung und durch den „Rück nach rechts“, den diese Fege bei den Wahlen zur Folge hatte, die Revision des Friedens verlohren haben. Die „Atmosphäre“ für die Revision, um den Ausdruck eines hervorragenden Mitgliedes unserer Friedensdelegation, des Demokraten Dr. Meldehorst, zu gebrauchen, sie war im April kurzzeitig von San Remo, geschaffen durch die Niederwerfung des Militaristenputches durch die deutsche Arbeiterklasse. Jetzt hat sich diese Atmosphäre unter dem Druck des internationalen und völksparteilichen Stimmenwachstums vollständig geändert und die neuesten Forderungen der Entente sind der beste Beweis dafür. Das Deutschland der rein bürgerlichen Regierung begegnet im Ausland keinem Vertrauen. Die Anwesenheit von Parteifreunden Stresemanns im neuen Kabinett zwingt uns leider hinzuzufügen: Mit Recht!

Der neueste Schlag der Entente ist umso gefährlicher, als er in dem Augenblick trifft, in dem die wirtschaftliche Krise beginnt. Nur ein beschleunigter Druck wird in den folgenden Ausführungen den Beweis dafür erbringen, daß wir die Auflösung der Sicherheitspolizei deshalb bedauern würden, weil wir in den bisherigen oder kommenden Kämpfen und Unruhen Partei gegen die Arbeiterchaft ergreifen. Tatsache ist aber, daß das Vorhandensein einer starken Sicherheitspolizei allein eine Gewähr dafür bietet, daß sich die kommende Krise möglichst ohne Blutvergießen abspiele. Wir sind wahrhaftig keine Anhänger der besannenen Macht, aber wir wissen, daß sie notwendig ist, um den Diktatoren, Spitzeln und sonstigen dunklen Elementen, die bei allen Kravallen ihre unüberlegte bzw. schamlose Hand im Spiel haben, die Arbeit zu erleichtern. Die meisten Ausschreitungen, die mit Blutvergießen enden, entstehen, wenn die Menge von diesen Spitzeln oder Spitzeln aufgepuscht wird und ein staatliches Gegenwärt nicht vorhanden ist. Dort, wo die blaue oder grüne Polizei nicht zur Stelle ist, haben die aufreizenden Elemente immer freie Hand. Kommt die Polizei zu spät, dann beweist, wenn die Exzesse bereits im Gange sind, dann endet es meist mit Blutvergießen. Dieses ist nicht für uns Sozialisten umso unerquicklicher, als wir ja innerlich auf Seiten des leidenden Volkes stehen. Aber es ist unsere Pflicht, auch jetzt, wo wir nicht mehr die Verantwortung für die Regierung zu tragen haben, zu sagen, daß wir es im Interesse der Arbeiterklasse selbst für dringend notwendig halten, daß sich die kommenden Wochen in Ruhe abspielen. An der möglichst ungehinderten Entwicklung des Wirtschaftslebens hat niemand ein größeres Interesse als die Arbeiterchaft selbst.

Das deutsche Volk möge indessen erkennen, welche Aufgabe es sich am 8. Juni eingebrocht hat, indem es den Demagogen von rechts und links so starke Gefolgschaft geleistet hat.

1. Die 2. polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt;
2. die 2. polnische Armee in der Gegend von Kiew ist von ihren hinteren Verbindungen abgeschnitten;
3. die 6. polnische Armee in der Gegend von Polonsk hat in ihrer rechten Flanke die Stöße verloren und ihren Rückzug bereits begonnen.

Weiter sagt der rote Bericht:
Ausgehend von dem Einbruch in die polnische Front hat die russische niederrheinische Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die 2. polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, ihre Konvois, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug ist in Klüften ausgeartet. Ein Teil der Armee ist in unsere Hände gefallen, ein anderer Teil hat sich über die Felder und Wälder zerstreut. Dem Rest gelang es, über Komposten sich einen Rückweg zu bahnen. Jedenfalls existiert die 2. polnische Armee nicht mehr. Die ganze Gegend von Juto (?) ist von brennenden Konvois und Autos aller Arten erfüllt. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre, ungezählte Gewehre und Kanonen erbeutet. Die rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts.

Der Freiheitskampf in Irland.

Londen, 27. Juni. Reuters. In Fermoy (Stratford Court) haben Einsteiner den Brigadegeneral Lucas und zwei Offiziere gefangen genommen. Die beiden Offiziere sind inzwischen wieder nach Fermoy zurückgeführt, über den Aufenthaltsort von Lucas ist noch nichts bekannt.

Amsterdam, 28. Juni. „Times“ melden aus Cort zur Gefangennahme des Brigadegenerals Lucas, daß er mit zwei Obersten einen Anschlag unternommen hatte. Nachts wurden die Offiziere im Felde von einer Bande bewaffneter und maskierter Männer überfallen, die in zwei Kraftwagen angekommen waren. Der eine Oberst wurde beim Versuch zu entfliehen durch Schüsse schwer verwundet, worauf die Einsteiner den anderen Oberst zur Hülfsleistung zurückließen und mit dem Brigadegeneral davonzogen.

Der Ort des Islams.

Der Ort des Islams — wer sollte es anders sein als England! Überall, wo es kein reiches Völkchen aufplauszt, in Afrika, in Indien, ist die Vertretung des Islams und der islamitischen Völkstämme seine erste Sorge. So auch in Mesopotamien, wo laut amtlicher Meldung unter dem britischen Mandat das Staatsgrundgesetz unter beratender Mitwirkung der Bevölkerung aufgestellt werden wird, durch das die Entwicklung des Landes zu einem Staat mit Selbstregierung erleichtert wird, damit es bei Ablauf des Mandats intantbe ist „auf eigenen Füßen zu stehen“. Zu diesem Behuf hat das Kriegsmittel in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Heeresdienste zu nehmen. Eine Verärgerung der Heereskräfte im Orient um 15 000 bis 20 000 Mann ist erforderlich. Auch im kleinasiatischen Raumkreis von Konstantinopel hat man jetzt die Befreiung der Türkei von der türkischen Pest energisch in die Hand genommen. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ hat die griechische Armee unter englischer Begleitung die Streitkräfte von Mustafa Kemal Pascha die Offensive begonnen. Die Operationen sollen einen günstigen Verlauf nehmen. Gelungen ist die Befreiung bereits in Arabien, wo ein „vorläufiger“ Staatsrat unter einem arabischen Präsidenten mit einer frei gewählten Nationalversammlung bildet der englischen Freiheit sein werden. Wir hoffen, daß sich auch noch in den übrigen Teilen Kleinasiens der ebenso ungreifliche wie handgreifliche Widerstand gegen diese Freiheit bald legen wird.

Reaktionäre Provokationspolitik.

Die „Entschüllungen“ des „Bavrischen Courier“ über angebliche kommunistische Umsturzpläne geben der bürgerlichen Presse aller Schattierungen Anlaß, wieder einmal in der nächsten Woche gegen die Arbeiterchaft loszugehen. Der Zweck ist klar und durchsichtig: die Erwregung in den breiten Massen des Volkes soll so lange geschäftet werden, bis sie sich in Unruhen entladen, und dann glaubt der Militarismus die Zeit gekommen, seine Maschinengewehre gegen die Arbeiterchaft loszulassen. Der Volkseigenendruck hatte beinahe schon während des Wahlkampfes in der bürgerlichen Agitation eine große Rolle gespielt. Jetzt, nachdem der Anfall der Reichstagswahlen den deutschen Beweis dafür erbracht hat, daß sich das Sozialistensystem in Deutschland nur einer geringen Anhängerschaft erfreut, sucht man durch Unruhen und Entfaltungen diesen Zustand zu verschleiern und es so hinzustellen, als lauzere die Arbeiterchaft nur über den Augenblick, um die demokratische Republik gewaltsam in ein Rätesystem nach russischem Muster zu überführen.

Wenn heute tatsächlich, wie auch wirzugeben müssen, die Erregung in der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands stark ist, so ist sie doch auf ganz andere Ursachen als auf die Schuldhaft nach dem allein seligmachenden Rätedeutschland zurückzuführen. Kleine Kreise der Arbeiterchaft mögen diesem, von den Kommunisten immer wieder gepredigten Ideal nachstreben und es mit allem Willen, auch mit denen der Gewalt, zu erkranken versuchen, die breite Masse jedoch — und auf diese allein kommt es an — ist über ganz andere Dinge erregt als über die ungeschworene Ausübung der sie schuldlos preisgeben ist und die gerade in der letzten Zeit einen bisher nicht dancomeinen Umfang angenommen hat. Die Arbeiterchaft dieser Erregung aber sind in demselben Lager zu suchen, aus dem jetzt die Notiz über den kommenden Umsturz von links am lautesten ertönen. Wir zweifeln nicht, daß die Arbeiterchaft rechtzeitig erkannt und soeben erkannt hat, daß sie hier ihre Feinde zu suchen und sie bekämpfen hat. Wenn die Erregung über den forrige letzten Wucher in einzelnen deutschen Städten zu Erhebungen und Gewalttätigkeiten geführt hat, so bedauern wir das in allererster Linie. Jedoch müssen wir diese Vorgänge psychologisch zu begreifen verstehen.

Eine polnische Niederlage.

Die seit einem Monat ständig angekündigte große bolschewistische Offensive, die dann jedesmal wieder demontiert wurde, scheint nunmehr tatsächlich auf der ganzen Linie eingestürzt zu haben. Bereits vorgelagerten Krieg die „Pravda“, im Zusammenhang mit der Forderung sei es klar geworden, daß die Bourgeoisie aller Völker und des Westens nur voller Hoff gegen das Sowjetregime auf Gelegenheiten warteten, neuerlich militärisch aufzutreten. Wir dürfen, heißt es weiter, den Vorwürfen über einen Waffenstillstand und Einstellung der Feindseligkeiten, sowie Vermittlungsversuchen nicht die geringste Aufmerksamkeit schenken. Wir werden den Kampf an der Westfront nicht eher aufhören lassen, als bis an Stelle des Bourgeois-Polens ein bolschewistisches Polen mit unserer Hilfe entstanden sein wird. Wir werden künftig der Südfront genügend Kräfte senden, um die deninik-Armee vollends zu liquidieren.

In dem amtlichen Moskauer Bericht heißt es, daß infolge des Eingreifens der russischen Kavallerie in die vorderen polnischen Linien folgendes Ergebnis erzielt sei:

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Herr Heßensbach, der neue Reichsanwalt, hat vor dem Reichstag seine Antrittsrede gehalten. Er ist seit Jahren als einer der besten Parlamentarier bekannt und hat sich als Präsident der Nationalversammlung heraldische Sympathien in allen Parteien erworben. So ist es denn kein Wunder, daß seinem Vortrag äußere Wirkung und gute Aufnahme nicht fehlten.

Inhaltlich bedeutet sein Programm, um es kurz zu sagen, Fortsetzung der Koalitionspolitik auch ohne die Sozialdemokraten, und man muß schon sehr davor hinstreben, um die deutschsozialistischen Unterirden, die sich in die gewöhnlichen Beziehungen gemischt haben, herauszufinden. Wenn man's so hört, müßte's leidlich scheinen. Jedenfalls ist mit größter Sorgfalt alles vermieden, was eine sofortige Kriegserklärung der Sozialdemokratie herausfordern könnte.

Der Schluß der demokratischen Republik wird in feierlichster Form auf das bestimmte ausgelegt, ihr Ausbau im Sinne der Verfassung wird versprochen. Aber naturgemäß beschäftigt sich das Programm in erster Linie mit den wirtschaftlichen Fragen, die uns ja am meisten bedrücken. Hier wird zwischen individualistischer und sozialistischer Wirtschaftsauffassung ein vorsichtiger Mittelweg einzuschlagen versucht.

Was den positiven Inhalt des Programms betrifft, so ist von sozialdemokratischer Seite schon im voraus gesagt worden, daß man die neue Regierung nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen wird. Neben die späteren Taten Anlaß zur Kritik, so wird man an die Worte vom 28. Juni noch oft erinnern dürfen. Einmal liegen aber eben nur die Worte vor, die der Sozialdemokratie keinen Anlaß geben, gegen die neue Regierung selbst sofort eine scharfe Kampfstellung einzunehmen.

Der neue Reichsanwalt schloß pathetisch — pathetischer als man es sonst im Reichstag zu hören gewohnt war — mit einem Appell an die Parteien, wobei er sich insbesondere an die Sozialdemokratie wandte. Er stellte fest, daß die Sozialdemokratie von der Regierungsbildung nicht ferngehalten worden sei, sondern sich aus eigenem Willen von ihr ausgeschlossen habe, und folgerte, daß aus diesem Geringe der Dinge besondere Verpflichtungen für die Sozialdemokratie erwägen. Die Sozialdemokratie wird jedoch kaum eine andere Verpflichtung anerkennen vermögen als die, sich ihren Grundgedanken und Überzeugungen entsprechend gegenüber der neuen Regierung und ihrer Politik zu verhalten.

Die Sitzung schloß mit einem kleinen Geschäftsverhandlungstag der beiden sozialistischen Parteien. Nachdem Reichswehrminister Gieseler die Interpellation der Unabhängigen über die Zeitfreiwilligen von Thal kurz beantwortet hatte, beantragte Rebebour die Bezeichnung Rechte und Zentrum stießen sich, die Demokraten erhoben sich zunächst, setzten sich aber auf einen Wirt hin überstehenbenemte gleich wieder. Ergabem wurde die Bezeichnung beschlossen, weil die Bänke der Sozialisten stärker besetzt waren als die der Bürgerlichen. Sie soll nach Abschluß der Debatte über das Regierungsprogramm erfolgen.

Die Ablehnung der Bezeichnung durch die bürgerlichen Parteien war weder sachlich gerechtfertigt noch ein lautißches Meisterstück. Doch einer sehr sorgfältig vorbereiteten Aufführung schloß also die Vormittagsitzung mit einer peinlichen Regiererin.

Sitzungsbericht.

1. Sitzung, Montag, 28. Juni, 11. Uhr vorm.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme der

Erklärung der Regierung.

Reichsanwalt Dr. Heßensbach sagte u. a.: Der ernten Verantwortung, die sie der Volksgemeinschaft gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die neue Regierung voll bewußt. Der Schwere, der sie erwartenden Aufgaben entsprechen die vorüberordentlichen Schwierigkeiten, die bei ihrer Bildung überwinden werden mußten. Wenn die Regierung zusammen geschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß das hohe Haus von dem Verantwortungsgefühl befeuert, ein auf gegenseitiges Vertrauen getragenes Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Nachdem dann der Kanzler unter dem Beifall des Hauses der alten Regierung den herzlichsten Dank des Vaterlandes ausgesprochen hatte, fuhr er fort:

Das Programm der neuen Regierung.

Das ich nunmehr Ihnen unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Soghertruischerweise ist dabei eine lädenlose Übereinkunftung sämtlicher Kabinettsmitglieder getreten. Die Konferenz in Spa steht unmittelbar bevor, sie gibt mir Anlaß zunächst in Wort zu sagen über

unsere auswärtige Politik.

Alle unsere Beziehungen zum Auslande stehen unter dem Zeichen des Friedensbundes von Versailles. Die Gassen, die er dem deutschen Volk auferlegt, sind unermesslich groß und

in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zur Umänderung verstehen, kaum eine andere Richtlinie in der inneren, wie in der äußeren Politik geben als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit dies möglich ist, besonders in der Herabsetzung der Heereskräfte, in sonstigen Abrüstungsmaßnahmen und in der Wiederaufnahme. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der Reichsregierung auf ihre Stellungnahme keinen Einfluß. Wenn Verleumdete und Unverschämte diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen systematisch herabsetzen, so wird es die Aufgabe der neuen Regierung sein, unermüdet dazuzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben.

Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechsellagerung, die zwischen dem Willkür des Gegners und dem Willkürigen der Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner dazu bewegen, daß im deutschen Volk wirtschaftliche Kräfte und der Konsumgegenstände um weniger Boden finden, je etlicherer man ihnen entgegengete, und daß jeder gute Deutsche jetzt nur das Lösungswort kennt, das, was der Krieg zerstört hat, in ruhiger und fester Arbeit wieder aufzubauen. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die Schwierigkeiten und mannigfaltigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaues zwischen den Beteiligten nun mündlich besprochen werden sollen und können dieser Besprechung aus leicht begreiflichen Gründen nicht vortreten.

Innere Politik

ist unsere dringlichste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen ist der einheitliche und feste Wille der Regierung (Beifall). Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsmäßige Kämpfe auszutreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorzügen an eine Klasse ab. (Unruhe bei den U. S., Beifall rechts.) Unser Ziel ist eine

Politik der Veröhnung

(Unruhe und Zwischenrufe bei den U. S.) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Was uns jetzt vor allem tut ist Ruhe und Ordnung in unserm Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reiches ausgebrochen hat. (Zurufe der U. S.) Das lagen Sie nur zu der Rechten.) Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung unerschrocken nach allen Seiten tatkräftig entgegenstehen und jeden Versuch einer gewalttätigen Umwälzung, woher er auch kommt, niederzukämpfen.

Die Durchführung der

Reorganisation der Reichswehr

wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts, Zwischenruf links.) Fort mit der Reichswehr. Handel und Verkehr, jedes Gewerbe und jede Arbeit sind durch die unausgesetzte Steigerung der Masse des Papiergeldes und die sich daraus ergebenden Lohnkämpfe außerordentlich gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden mit allem, damit wir unter Volk vor dem Ende eines Zusammenbruchs der Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren und darum muß

die Sanierung der Reichsfinanzen

mit allem Nachdruck gefordert werden. Wenn die neuerfundnen Einnahmequellen sich entsprechend der Schätzungen entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden Einnahmen, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuermaßnahmen werden die Schulden wachsen und zwar in einem sehr bedeutenden Maße, denn Milliardenbeträge sind auf Schulden zu nehmen infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaues und der Forderungen der Vertriebsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit auf diesem Gebiet. Die Witte rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Hilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch die Wiederherstellung unserer Gütererzeugung gefördert werden. Unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Gütererzeugung, die ständig wachsen und unablässig mit allen Kräften gefördert werden muß.

Unsere Ernährungslage

ist nach wie vor besorgniserregend. Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auf sehr

große weitere Zusätze von Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen sein. Wollten wir wirtschaftlich wieder gefunden, so gerügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dürftigen Rationen weiter zu beschränken. Unser Bestreben muß daher in der nächsten Zukunft auf größtmögliche Steigerung der Lebensmittelproduktion gerichtet sein. Bei dieser Gelegenheit muß ich mich herzlich dem der großzügigen Hilfe ausländischer Menschenfreunde bedanken, welche 100.000 schmale deutsche Kinder speisen. Eine besonders Besserung darf besonders von der begonnenen

Auflösung der Zwangswirtschaft

erwartet werden. Es kann aber nur ein planmäßiger Aufbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion und der Verlostung Rechnung trägt. Aber immer bleibt das Rückgrat unserer Ernährung unsere heimische Landwirtschaft. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktionskraft ist eine der ersten Voraussetzungen unseres Wiederaufbaues. Die Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die größtmögliche Förderung von Rohle und Kali zu sichern.

Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen

Gesetze über Sozialifizierung,

insbesondere über Sozialifizierung der Elektrizitätswirtschaft werden loyal durchzuführen. Die Arbeiten der Sozialisierungsformalton sollen sorgfältig und von der Reichsregierung gefördert werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialifizierung muß Steigerung der Produktion sein. Die Regierung legt sich nicht, daß gleichzeitig mit dem neuen Reichstag der Reichswirtschaftsrat seine Arbeit beginnt.

Am der

Fortführung der Sozialreform

hält die Regierung fest. Eine Anpassung der Reichsverfassung an die veränderten Verhältnisse wird erfolgen müssen. Die Regierung denkt dabei vor allem an den Aufbau neuer Sozialklassen und an eine neue Festlegung der Beträge entsprechend den höheren Leistungen der Sozialversicherung. Eine Vorlage über die Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im engsten Zusammenhange mit dieser Frage steht die Frage der Förderung des ländlichen Siedlungswesens und der Durchführung des Heimatkultengesetzes. In Anlehnung an die

Reichsverordnung für die Kriegsbeschädigten

soll auch die Entscheidung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen einen körperlichen Schaden erlitten haben. Zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter befinden sich verschiedene Gesetze in Vorbereitung.

Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit

ist in Vorbereitung. Wir hoffen zuverlässig mit dem Ausbau der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter eine neue wichtige Etappe zurücklegen auf dem Wege zum wirtschaftlichen und sozialen Frieden. Es ist der ehrliebe und unaufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr und für sie zu regieren. (Beifall) Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unsere Willen. Das glaube ich ohne Widerprüfe feststellen zu dürfen. Der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der sozialdemokratischen Partei Verpflichtungen gegenüber einer Regierung die nicht wie bisher gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr und für sie regieren will. Wir wollen kein eine Regierung der Vertöhnung, des Aussetzens der Gegenstände, des Aufbaus an die ganze deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Kräftiger als eine starke Faust feint uns jetzt keine ehrlich ergebene Rechte zu sein, in die alle Volksgemeinden einschlagen können. Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an diese Stelle geführt.

Der Kanzler schloß: In einer Stunde der Rot und folgeschwerer Entschließen treten wir vor dem deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen. Trennendes zurückstellen und uns zusammenfinden in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf daß Deutschland lebe! (Beifall rechts und Hände klatschen.) Nach Eröffnung der vorliegenden Interpellationen und Beratung des Kabinetts an den Haushaltsausschuß vertagte sich das Haus auf drei Uhr nachmittags.

3. Sitzung.

Montag, 28. Juni, nachmittags.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr nachmittags wies das Haus bei weitem nicht mehr die Fülle des Vormittags auf. Auch die Tribünen zeigten große Lücken.

Präsident Koebbe eröffnet die Sitzung ¼ Uhr und erteilt das Wort dem Abg. Scheibemann (Soz.), der erklärt, er wolle kurz sprechen und hoffe, daß sein Beispiel auf die weiteren Be

Am Mittwoch den **30. Juni** bleiben wegen **Inventory** Aufnahme unsere Verkaufsräume u. Büros früh geschlossen. **J. Lewin** Marktplatz 2 und 3. Verkauf Vormittag von 10 Uhr ab. Die Besichtigung unserer Schaufenster ist sehr lohnend.

Partei-Angelegenheiten.

Frauen und Mädchen der Alten Sozialdemokratischen Partei Halle.

Mittwoch, den 30. Juni abends 8 Uhr in Wilsober's Gesellschaftshaus, Karstr. 14, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Was verlangen wir Frauen vom neuen Reichstag? Rednerin: Frau Köpfer-Halle. 2. Organisationsfragen. Alle Frauen und Mädchen der Partei sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen. Der Vorstand.

Große Funktionärsführung der S. P. D. Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in Wilsober's Gesellschaftshaus. Da äußerst wichtige Angelegenheiten zur Besprechung stehen, ist das Erscheinen aller Funktionäre notwendig. Eintritt gegen Funktionär-Legitimation.

Konferenz der S. P. D. für den Unterbezirk 1. (Halle-Gauleis, Delitzsch-Bitterfeld.)

Auf der Tagesordnung der Konferenz des Unterbezirks 1 am Sonntag, den 27. Juni, standen die wichtigsten Punkte: 1. Die Reichstagswahl und die politische Lage; 2. Die zukünftige Gestaltung unserer Organisation im Unterbezirk und 3. Ausbau der 'Volksstimme'.

Zur Beschlusnahme wird Punkt 2 und 3 zusammengefasst. Dann erörtert der Vorsitzende, Gen. Heine, am ersten Punkt, dem Gen. Waackel das Wort. Sowenig der Inhalt der Reichstagswahl ausgehend liegt der Rede der Rednerin der Reichstagswahl auf der politischen Schaubühne keine Passieren. Wenn auch ein großer Teil Stimmen bei der letzten Wahl verloren ging, so hat die Sozialdemokratie gar keinen Anlaß zum Schwärzen. Wir wissen, daß uns der Stimmenverlust vor allen Dingen deshalb wurde, weil jene Wähler 1919 glauben unsere Partei könnte nur durch einen neuen Genes des Reiches schaffen. Sie haben nicht ein, daß wir vor völlig unerfüllbaren Forderungen standen und daß wir unsere Arbeit zuerst auf die Liquidierung des Krieges einstellen mußten. Aber wir mit neuen Aufgaben befaßt konnten. Die Geschichte der Sozialdemokratie den Raum zugehen werden lassen, daß sie unter den denkbar drückendsten Verhältnissen alles daran setzte, zünftige Zustände von Deutschland fernzuhalten. Es ist die historische Aufgabe unserer Partei, dadurch die Zerstückelung des deutschen Vaterlandes zu verhindern.

Auf die Regierungsbindung eingehend betonte Genosse Waackel, daß es für richtig halte, wenn die S. P. D. in keine Reaktion mit der Deutschen Volkspartei eintritt. Mit treffenden Worten beleuchtet er dann die Anpassungsfähigkeit und Wandelbarkeit in der Politik des Zentrums. Diese Partei wird zusammengehalten durch eine bestimmte Weltanschauung, die aber ihren Grundrissen durchaus reaktionär ist. Aus diesem Grunde, die Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten, um die Innenpolitik Deutschlands erheblich hindernisse. Um so weniger haben wir deshalb den Hang, mit jener Partei in einer Regierung zusammenzugehen. Von besonderer Wichtigkeit waren die Ausführungen des Redners bezüglich der Loslösungsbestrebungen im Westen und Südwesten Deutschlands, die unter genaugen Augenmerk erforderlich. Hier geht der Sozialdemokratie eine Aufgabe zu, die in der ersten Reihe stehen kann. Die Partei der vaterländischen Gesellen. Die S. P. D. muß ihre ganze Kraft diesen Zerstückelungsarbeiten, die das Ende jeder Selbstständigkeit unseres Staatsorganismus wäre, entgegenstellen. Es gilt, das Fortbestehen des Deutschen Reiches zu sichern.

Genosse Pfanzagl unterrichtet die Ausführungen des Referenten und zeigte noch besonders an Beispielen, wie die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu erreichen zu sein. Durch ihre kurzfristige Politik fördern. Doch ist dadurch die Gefahr der Parteizersplitterung, die daran erkannt, daß die unabhängige Presse aufzukommen im besten Gebiet gefordert wird, während unsere Parteimitglieder, weil sie sich ernstlich gegen die Loslösungsbestrebungen wenden, der Zensur verfallen. In dem Augenblick, wo in deutschen Gewerkschaften die Zustimmung über ihre fernere Zugehörigkeit zum Reich zu verweigern, müssen die Unabhängigen nach Barren und in ihren Beziehungen mit den Parteilosen an, die nach dem Zweck haben, opportunistische Parteizwecke an Kosten der Reichseinheit zu dienen.

Genosse Hiele geht auf innerpolitische Verhältnisse ein, indem er betont, daß wir mehr als bisher auf die Preisbildung Einfluß haben müssen. Die Rationierung soll dort aufgehoben werden, wo es möglich, auch genügend Produkte vorhanden sind, um ein weitere Ausweitung der Preise bei der Rationierung zu verhindern. Wo aber die Zwangslenkungsmaßnahme stehen muß, da soll sie durchgearbeitet werden, daß die Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen. Es steht zu hoffen, daß endlich ein großer Teil der Arbeiterklasse einsehen werde, wie wenig ihr mit der unrichtigen Beurteilung unseres Wirtschaftslebens gedient ist. Die Gewerkschaften sollten die Unabhängigen nur auf wirtschaftliche Vorteile hin zu sehen. Die Partei sollte sich nicht über politischen Gedanken vor aller Öffentlichkeit gerades distanzieren. Mit Sozialismus hat die unabhängige Partei doch nichts zu tun. Sie sind keine Demokraten, denn ihre Taktik ist die Diktatur, und sie sind keine Sozialisten, denn sie fördern den brutalsten Egoismus gleich dem Kapitalismus.

In seinem Schlußwort teilte Genosse Waackel die Frage, wie unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen überhaupt die Situation für die Partei, in die Richtung einzuzeichnen, kommen könnte. Nur eine Neuwahl, aus der die Partei gestärkt hervorgehen würde, könnte diese Frage entscheiden. Im gegenwärtigen Verhältnis ist jede Beteiligung an der bürgerlichen Koalition unmöglich. Die Auslandspolitik bezüglich der Genosse Waackel weiter hervor, daß über die Unabhängigkeit mit Rücksicht auf Hilfskräfte behalte. Erwähnt er, daß aus dem Land wirtschaftlich auf lange Zeit weniger Nutzen kommen, daß wir auf der anderen Seite dem Nachbarn der Entente folgen müßten.

Genosse Pfanzagl hat in seinem Referat über 'Die Ausschaltung der Organisation im Unterbezirk' mannigfache Anregungen für den Aufbau der einzelnen Ortsgruppen. Die Verteilung der 'Volksstimme' müssen sich die Gruppen nach den Interessen der Bevölkerung richten. Die Besetzung der Redaktionen sollen sich nach dem Gehalt der Redaktionen richten. Die Redaktionen sollen sich nach dem Gehalt der Redaktionen richten. Die Redaktionen sollen sich nach dem Gehalt der Redaktionen richten. Die Redaktionen sollen sich nach dem Gehalt der Redaktionen richten.

ferenz ein, die Grundlagen für die Kommunalarbeit schaffen soll. Gen. Pfanzagl teilt mit, daß diese Konferenz für August in Aussicht genommen ist. Der Vorsitzende erörtert die Frage, wie die Partei die einflussreiche Stellung einnehmen und wie den Mitgliedern der Partei zur dringenden Beachtung gebracht.

In Anbetracht der kommenden Kampfe: Reichstagswahl, Landtagswahl, die hohe Stimmen erfordern und zur Deckung der enormen Kosten der letzten Reichstagswahl, müssen die Einnahmen der Partei eine erhebliche Steigerung erfahren. Der Kampf unserer Partei im hiesigen Bezirk ist hart. Die gemäßigten Parteien sind in der Lage, eine ungeheure Propaganda zu entfalten. Im Kampf mit der großen Anzahl gemäßigter Blätter liegt uns nur die 'Volksstimme' zur Verfügung.

Wir die Sozialdemokratische Partei im Bezirk diesen ungleich harten Kampf mit Erfolg führen, dann muß jedes Mitglied der Partei für die Entwicklung der Organisation und der 'Volksstimme' eintreten. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, die 'Volksstimme' zu lesen.

Außerdem beschließt die Unterkonferenz die Erhebung eines Beitrages von 1 M. pro Monat auf die Dauer von drei Monaten. Ueber die Zahlung des Beitrages ist durch Einsetzen von Marken a 1 M. zu quittieren.

Einmütig angenommen wurde folgende Resolution: Die am 27. 6. d. J. in Halle tagende Konferenz der Deputierten des Unterbezirks 1 wendet sich mit Entschiedenheit gegen das Streben reaktionärer Kreise, die Reichswehr in einer Stärke von 200 000 Mann zu erhalten. Sie sind nicht ohne die Gefahr, daß es notwendig ist, eine verlässlichere, unerschütterliche Sicherstellung auf eine genügend hohe Zahl zu bringen.

Die Konferenzteilnehmer sind ferner der Ansicht, daß eine Sicherstellung von 100 000 Mann einer Reichswehr von gleicher Stärke vorzuziehen ist.

Der Vorsitzende, Gen. Heine, teilt noch mit, daß aus Partei-mitteln den durch die Brandkatastrophe in Großhennig und durch die Ueberflutung in Mansfeld so hart betroffenen Genossen je 200 M. zur Unterstützung überremittiert wurden.

Am diesjährigen Sonntag in Halle wird von I. Unterbezirk Genosse Hiele vorgelesen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, Gen. Heine, über die Konferenz, die sich zur Klärung vieler Fragen wie zur Anspornung des Parteilebens beigetragen hat, fand die Tagung um 6 Uhr ihr Ende.

Aus dem Stadtreis.

Definitive Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 28. Juni 1920.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der hiesige unabhängige Stadtverordnete Kilian vom Bürgermeister Gebdel in seiner Eigenschaft als unbehaltener Stadtrat eingeführt. Der Stadtr. Vizepräsident Dr. Kellert teilt mit, daß die von den Demokraten und ununterbrochen best. den Wiedertritt des Oberbürgermeisters Dr. Kellert eingebracht wurden.

Bürgermeister Sebald nimmt das Wort zu einer kurzen Erklärung in der er ausführt, daß Stadtrat Wurm infolge Uebernahme seines Amtes in Wittenberg aus dem Magistrat ausgeschieden ist und dieser mit mit Arbeiten so überfüllt ist, daß es notwendig sei, die Frage des Wiedertritts des Oberbürgermeisters zu sofort zu setzen.

Stv. Gönthert (Ansb.) stellt den Antrag, die Angelegenheit vor Eintritt in die Tagesordnung in einer Vorbereitungs-sitzung zu erledigen und deshalb die öffentliche Sitzung um eine Viertelstunde zu verzögern. Die Abstimmung über diesen Antrag ergibt Ablehnung gegen die Stimmen der Unabhängigen, die namentlich die Demokraten und ununterbrochen best. verlassen und die ganze öffentliche Sitzung schwächen.

Vom Stv. Vizepräsident Dr. Kellert werden einige Eingänge vorgelesen. Der Projekt der Holzfabrik gegen den Verkauf von Ausholzern durch die Ortsstellenstelle wird dem Petitionsausschuss überwiesen. Angenommen wird die Abänderung des Gemeindebeschlusses zur der Reifeordnung über:

Erwerbslosenerlöse:

vom 21. Januar 1920, die folgendes vorschreibt: Zu Artikel 2: Die Untererhaltungsgasse einseitig der Familienumlage haben im großen und ganzen eine Erhöhung erfahren. Bei den über 21 Jahre alten männlichen Personen wird — was bisher schon bei den weiblichen Personen galt, unterbleibt, ein weiterer Erhöhung im Haushalt von 10 bis 15 Prozent. Je nach dem kommt ein Satz von 5,50 bzw. 6 M. statt bisher 5,00 M. pro Tag in Betracht. Bei den männlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren hat eine Erhebung des Untererhaltungsgases von 4 auf 3,50 M. stattgefunden. Gleich geblieben sind die Sätze für weibliche Personen unter 21 Jahren (2,25 M.) und der Kinderumlage (1,50 M.). Erhöhungen haben erfahren die Familienumlage für die Erwerbslosen von 2 M. auf 2,50 M. und die über 21 Jahre alten weiblichen Personen von 3 bzw. 3,50 auf 3,50 bzw. 4,50 M. In diesen Sätzen können die Gemeinderäte nicht ändern; sie müssen sie angenommen werden, wie sie von der Reichsregierung vorgegeben sind. Sobald inwiefern die beim Oberverwaltungsamt in Merseburg abgewendeten Verhandlungen wegen Erhöhung der Ortsätze für Jahre beendet sind, dürfte eine weitere Erhöhung der Untererhaltungsgasse auf Grund § 9, Abs. 6 zu erreichen sein.

Der Absatz 2 des Artikel 2, der die Winterbeihilfe behandelt, die für die Zeit vom 1. November 1919 bis 31. April 1920 gezahlt ist, kommt in Wegfall. Als Ersatz für die gezahlte Winterbeihilfe ist die teilweise Erhebung der Untererhaltungsgasse anzusehen.

Der im letzten Absatz des Artikel 2 behandelte sogenannte Ankerzuschuß, der bisher eine Maelz betrug, ist auf drei Mark zu erhöhen.

Zu Artikel 4 und 5. In der Tenbein aller Nachtragsbestimmungen zur Erwerbslosenerlöse, die Bewegungsfreiheit der Gemeinden hinsichtlich der Festlegung von Sonderbestimmungen zuzugunsten, hält auch die Nachtragsbestimmung vom 6. Mai 1920 fest. Sie läßt den Gemeinderäten keinen Spielraum mehr hinsichtlich der Erwerbslosenerlöse, die erfindlich ist, die der Erwerbslosenerlöse auf Grund eigener oder fremder Vorlage bezieht, sowie hinsichtlich der Rentenbezüge. Infolgedessen muß der bisherige Artikel 4 fallen, und es gilt stattdessen der neue § 12, Absatz 1 der Nachtragsbestimmung.

Genosse Heide ist nicht mehr wie bisher im Gemischen der Gemeinderäte, die Da er der Wählerliste schließt, befindet er sich nicht in der Wählerliste. Er wird durch die bisherige Artikel 5 über die Wählerliste gestrichelt. Bestimmungen kommen die Vorherrschaft des § 9, Absatz 1, der Nachtragsbestimmung in der neuen Fassung in Frage.

Der Bauwein für Kleinwohnungen

beschließt, noch in diesem Jahre mit der Errichtung von Wohnhäusern an dem im II. Bauabschnitt auszubauenden Teil der Straße C zu beginnen. Durch Gemeindeführer vom 12. 17. Mai 1920 ist das 1. 31. dem genannten Bereich für den Verkauf von begehrte Baugrundstücke bewilligte Gelände für das dort geplante Bauvorhaben zur Verfügung gestellt worden. Es muß deshalb sofort mit dem Erwerbungsarbeiten des II. Bauabschnitts begonnen werden. Da die Geldebewilligung vor etwa einem Jahr erfolgte, reichen die damals veranschlagt und bewilligten Mittel bei weitem nicht mehr aus.

Bei der ebenfalls gestiegenen persönlichen und sächlichen Kosten sind für die bereits ausgeführten bzw. in Ausführung der größten Arbeiten des Abschnitts I und dem jetzt vorzunehmenden Ausbau der Teilstrecke des Abschnitts II nach den vorgelegten Kostenschätzungen an Mitteln erforderlich: a) für die Kanalisation 205 000 M., b) für die Erdarbeiten und Befestigung 190 100 M., c) für die Befestigung der Gassen- und Wasserleitungen 177 000 M., zusammen 572 100 M. Es ist demnach für den Abschnitt I und dem gesamten Abschnitt II durch Gemeindeführer vom 24. Juni 7. Juli 1919 346 025 M., dessen somit zu bewilligen 175 123 M. oder nur 176 000 M.

Die Stadtratsordnungsverammlung stimmt der Nachbeschickung zu.

Zugestimmt wird einem Antrag des hiesigen Ortsausschusses auf Stadtratsbesetzung am Sonntag, den 27. Juni, in der die Petitionsausschuss überweisen wird ein Antrag um Wiedererrichtung.

Der Einpruch von Anwohnern der Seebener Straße, gegen Errichtung eines Koffelhäufens, wird abgelehnt. Ebenso ein Antrag des Hobbies Otto Wieder. Halle, um Unterbringung des Koffelhäufens einer Wohnung mit der Begründung, daß die gleiche Unterbringung ca. 5000 Wohnbevölkerung zu beanspruchen haben.

Zum Gehalt der städtischen Sozialbeamten zur Anrechnung der bisher geleisteten Diensteist auf das Befolgungsdienstalter und um Verleihung der Beamtenangehörigkeit für Stadtrat Weitzmann aus, daß es notwendig wäre, das Gehalt dahingehend abzumildern. Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage zu bringen, die das Gehalt des Verhältnisses aller Sozialbeamten einheitlich geregelt wird.

Gen. Grauchhorst unterstützt die Anregung und tritt dafür ein, daß auch die Büroangestellten, die lebenslang angestellt sind, die Beamtenangehörigkeit erhalten. Das Gehalt wird dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen.

Zu der Anfrage, ob der Magistrat bereit, der Stadtratsversammlung Vorschlag zu geben, über den Anteil des Magistrats bei der Errichtung und über seinen Einfluß bei der Durchführung der Bauprojekte.

Der Magistrat teilt mit, daß die Ausführung der Bauprojekte das Wort und führte aus, daß bei Bauprojekten der Situation der Zucker, die für die notwendigen Gelder aus dem Stadtbudget zu entnehmen sind, die Stadtratsversammlung zu entscheiden hat. Der Magistrat hat sich darum bemüht, habe. Herr Professor Ueberhaben erhielt von dem Leiter des amerikanischen Hilfskomitees den Auftrag, für Halle die Spelungen in die Wege zu leiten. Professor Ueberhaben legte die Leitung und Durchführung in die Hände des Magistrats und befehligt sich mit der Aufsicht vor. Vom Gesundheitsamt wurden dann von 17 000 Kindern die heftigsten ausgemittelt. Die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt. Mit 4500 Kindern begannen die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

Die Spelungen; inzwischen ist die Zahl auf 8000 gestiegen, dazu kommen noch 600 Wäcker. Bisher sind für 1 Million 100 000 M. an Mehl, Zucker, Kaffee usw. angewendet und wie festgestellt werden, daß die Spelungen die schwersten Fälle hat sofort in den Dienst der großen Sache und beantragt auch für ihre Mithilfe, waltung keine Entschädigung, wodurch die Kosten für die Durchführung wesentlich ermäßigt.

hat er vorübergehende eines neuen jenseitigen, im Provinziallandtag erprobte Beilegung gegen den vom Einberufenden...

schäft Gen. Müller zur Begründung des Wort: Der Ausspruch des Oberbürgermeisters stellt nicht eine Beilegung für die...

Zum Tode verurteilt.

Am 26. Juni gelangte vor dem Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. v. West die Morbidat an dem...

Der Verdacht, die Morbidat begangen zu haben, fiel auf zwei Bekannte im Eisenacher Gefängnis, die sich durch große...

Ein Jenseitige erklärte, Haate habe ihm erzählt, er habe den Toten nicht treffen wollen, er hätte ihn v. g. e. r. e. f. f. e. t. e. W. e. r. e. n. h. a. t. t. e. er ein einen Herrn bei dem er 12-12 000 Mark...

Am Sonntag, den 28. hatte ich Gelegenheit, an einer Schwurgerichtssitzung teilzunehmen. Es lag vor die Morbide...

Streng und geistmäßig gewiß, und doch hatte ich den Eindruck — unheimlich — ungerührt. Es wurde kalt und steif nach...

Der Angeklagte ist 1894 geboren, ging mit 19 Jahren von Hause fort, um sich die Welt anzusehen. Er traf einen anderen...

Gewiß, nach dem Gesetz und der Ansicht der Richter ist er schuldig, doch ich frage: liegt darin Gerechtigkeit? Warum fragte keiner der gestrenge Herrn nach seiner Vergangenheit? Ist sie hier nicht von wesentlichem Einfluß? ...

Was heißt sich eigentlich ein gewöhnlicher Sterblicher darunter? ... 6 Jahre Zuchthaus? — eigentlich gar nichts — wenn er nicht gerade mal zufällig an einem solchen verurteilten Gefängnis vorbeigeht. — Und doch, das ist es, was ich mich frage...

Gründliches, nach dem Vorbild phantastischer Erzählungen einiger Mitteilungsener. Der Herr gegen alles, was Mensch heißt, wird in ihnen groß gezeigert und beehrt. Ein Satz, der keine Grenzen kennt und nur nichts zurückläßt. —

Diesmal ist mich keineswegs zum Verteidiger strafbarer Handlungen aufgeführt, möchte ich nur Kritik haben an der harten — unheimlichen — Art, die Launen werden dem Gewissen hat und an der Einrichtung der Logen, Jugendhäuser, die eher als „Verkehrsanstalten“ und „Wahrheitszentralen“ zu bezeichnen sind. — Fern liegt es mir auch, Gefühlsheile zu predigen gegen Verbrecher gegenüber. Im Gegenteil, die Gesellschaft muß verurteilen, die Ungläubigen, die unter bestimmten Voraussetzungen entlassen sind, zurückzuführen in die Arme des...

Diese Ausführungen werden bei vielen Widerprüfungen finden, besonders in den Schichten, die das geringste Kontingenz für die Justizbehörde stellen, die vor kein Verbrechen haben für die unteren und untersten Schichten unseres Volkes, die nur durch Standeserziehung und hohe Nachbarschaft auf den Weg, den Recht und Sitte vorziehen, getrieben werden, die keine Ahnung haben von dem oft zerstreuten und zerstückelten Familienleben unter arbeitenden Volksgenossen. Ihnen aber, die Recht, Sitte, Kirche und Gerechtigkeit gepredigt zu haben meinen, rufe ich zu: „Liebe keinen Nächsten wie dich selbst!“

Der molkenbräunliche Regen.

Der gestern nachmittag über unsere Stadt und Umgegend niedergelagert hat nach vielen Verläuten einen erheblichen Schaden innerhalb und außerhalb der Stadt angerichtet. Verschiedene Schaulustiger am Markt, Rannische Straße usw. die um Teil schon während der Rappage in Mitleidenschaft gerieten, sind durch den Trud der ungewohnten Regenmengen gänzlich strümmert worden. Von den Bäumen wurden Bäume herabgeschleudert und bei vielen Schäden der Stütze von den Fronten abgebrochen. —

Am Nachmittag hat der Windsturm die Baumalle, welche zur Verhinderung der Fronten mit Verhänden und Verjagen der unheimlichen Bäume und abgebrochenen Äste oder — mit dem Heilighelmen der Wente (1) beschützt. Die Straße gleich einem großen offenen Teppich. Stummende verifizieren, so was bei noch nicht dagewesen. Der Chronist hat ihnen jedoch mehrmals ins Wort und erinnerte daran, daß im Juni 1907 das Unwetter hier noch stärker als diesmal gehaut hat. Das Fehlen der Fronten an vielen Stellen ist kaum zu bezweifeln. Riefiger Schaden ist demnach angerichtet worden, da gerade ein unteres Parkviertel betroffen. Die Veranschaulichung sind als Schaden. Kaufmann usw. sowohl im Stadlinnen wie auch auf den außerhalb der Stadt liegenden Vorhöfen, sind gänzlich zerstört worden. Aus den Trümmern einer ungelagerten Müllhalde wurde die hiesige Müllhalde zum Teil schwer verletzt herorgeholt. Kritisiert wird werden, daß gestern nicht behördlicherseits für Aufräumung nach dem Schaden geordert wurde. Jedenfalls wären dadurch unnötige Vermählungen und Wunderrungen, besonders des auf den Wegen liegenden Feues, vermieden worden. Bei solcher Gelegenheit sind in immer bewachte Elemente bereit, aus dem Schaden andere Nutzen für sich zu ziehen. —

Groß sind auch die Vermählungen, die der Sturm an den Weibern angerichtet hat. Riefige Bäume waren aus der Erde geholt worden und die heben gebliebenen neigten sich trauernd darüber zur Erde. —

Ferner schlug der Blitz in ein Grundstück der Triftstraße, ohne jedoch zu blenden. —

Funktionssitzung. Wir weisen an dieser Stelle noch darauf hin, daß die ursprüngliche für heute in Aussicht genommene Funktionssitzung erst am Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Wildsдорfs Gesellschaftshaus“, Karrstr. 14, stattfindet. —

Deutscher Metallarbeitersbund. Mittwoch, den 30. Juni, Versammlung der Besatzungs-Kommission, abends 6 Uhr im Volkspark. Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Volkspark Mitgliederversammlung. (Für Mitgliedsbuch legitimiert.)

Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen — Ortsgruppe Halle. Donnerstag, den 1. Juli, 8 Uhr abends Mitgliederversammlung der Kriegsbeschädigten-Abteilung. Montag, den 5. Juli, 8 Uhr abends, Mitglieder-Versammlung der Hinterbliebenen-Abteilung im Verammlungslokal, „Wildsдорfs Gesellschaftshaus“, Karrstr. 14, stattfindet. Anwesenheit, daher Besondere Aufmerksamkeit. Mitgliedsbuch mit als Ausweis mitzubringen. Am Dienstag, den 6. Juli, nachm. von 3 1/2 Uhr ab feiert die Ortsgruppe in der Soziallobräueri für dies-jähriges Kinderfest. Karten hierzu sind in der Geschäftsstelle, Neue Promenade 3, zu haben. —

Von unsemern lädlichen Gesmet wird seit einiger Zeit schweffelraue Ammoniat hergestellt. —

Der Steuerzahler bei Hausangehörigen. Die gestern aus Berlin ins Licht gekommene Notiz, triß im Inhalte nicht zu. Allen Lohn- und Gehaltsempfängern, die einen Teil desselben in Gestalt von Sachgaben erhalten, darf vor dem 1. August nur 10 Prozent von ihrem Barlohn abgezogen werden, ganz gleichgültig, wie groß der Teil ist, den sie in Gestalt von Sachgaben erhalten. Unabhängig ist, ob 20 Prozent vom Barlohn abgezogen werden können, wenn der Wert der Naturgaben größer war als der Barlohn, aber diese Bestimmung ist vorläufig bis zum 1. August aus aufgehoben worden. Wir bitten die Hausangehörigen, dieses zu beachten. —

Aufbringung des einmaligen Fernpredigtbeitrages. Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernpredigtteilnehmer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernpredigts (1000 RM) für einen Hauptkassier und 200 RM für jeden Nebenamtlichen aufzubringen. Die Schwierigkeiten sollen sich beheben. Dem Vernehmen nach können bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen im gemeinsamen Antragsverfahren, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem monatlichen Heberzins von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. —

Die Sämannbereitschaft beginnt in dieser Woche mit einer zweiten Sammlung zugunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen. Die erste hatte im September und Oktober vorigen Jahres stattgefunden, brachte jedoch bei weitem nicht die Mittel aus, die nötig sind, um den Vertriebenen aus der größten Not auch nur etwas herauszubekommen. Wer irgend kann, der gebe einen Beitrag in die Höhe der Sammlung ein, die in der nächsten Zeit vorzulegen werden. —

Verbreitern zu Halle. Da es sich das erste Kennen dieses Jahres, am Sonntag, den 11. Juli, eine außerordentlich große Nachfrage nach Rosenpflanzen hat, werden die Mitglieder des Gärtn. Vereins gebeten, falls sie Rosen-

pflanzen wünschen, diese möglichst bald und zwar bis zum 5. Juli im Sekretariat des Vereins zu bestellen. Von da ab wird der Verkauf der Rosenpflanzen freigegeben und zwar findet dieser nur im Sekretariat des Vereins Halle a. S., G. Steinstr. 71, I, statt. Für alle übrigen Plätze ist Vorverkauf in den bekannten Jagd- und Gärtnereianstalten anzuordnen. —

Mit Ajal. Eine hier wohnhafte Wollstriebe Arbeiterin verlor ihr Leben nach dem Genusse von Ajal in der Saale das Leben zu nehmen. Sie wurde in demselben Zustande gelandet und mit den Krankenwagen der Klinik auszuführt. Der Grund zur Tat lag in Familienmissetaten liegen. —

Verbreiter Luth und Kampf mit den Einberufenen. In der vergangenen Nacht um 12 1/2 Uhr, wurde der Oberbürgermeister des hiesigen Volks- und Gewerkschafts bei der Annahmestelle eines großen Gefährtsarbeitsbüdes in der Unteren Leipziger Straße von 3 Männern, die sich dort verdeckt hielten, überfallen. Inzwischen Wächter und Einberufenen erkannten sich ein bester Kampf, bei dem der Wächter mehrere harte Schläge mit einem Keulsen auf den Kopf und in das Gesicht bekam. Daraufhin ergriffen sie die Flucht. Erreichte hatten sie noch nichts. —

Sab Mittelteil. Am Freitag, den 7. Juli, Wiederkehr des Brunnensfestes findet morgen, Mittwoch, von 7 bis 9 Uhr Frühkonzert vom Philharmonischen Orchester, bei gutem Wetter nachm. 3 1/2-6 1/2 Uhr Nachmittags-Konzert vom Philharmonischen Orchester (mit Kinderbeilegungen aller Art) und Abends 7 1/2 Uhr großes Doppelkonzert vom Philharmonischen Orchester und der Kapelle des Reichsmehr-Regiments Nr. 32 unter Leitung des Obermusikleiters Karl Bauer und Musik-Richter statt. Während des dritten Teiles im Abendkonzert wird von der protektion. Kunstkapelle G. S. Pfeiffer ein Braut-Feuerwerk abgebrannt. (Siehe Anzeige.)

Brunnenfest-Spazier. Mittwoch abends 7 1/2 Uhr findet großes Zither-Konzert, ausgeführt vom Zither-Verein „Arion“, statt. —

Gewerkschaftliches.

Die Organisation der behördlichen Angehörigen. Uns geht folgende Aufsicht zu: In der Sonnabendnummer der „Volkstimme“ brachten Sie einen kleinen Aufsatz über die Organisation der behördlichen Angehörigen, der nicht ganz den Tatsachen entspricht. Ich erlaube mir denselben hiermit richtig zu stellen. —

Der Gewerkschaftsverband der Kommunalbeamten und angeheften ist keine Organisation eines Einzelstandes oder Berufs, sondern ist der, nach langen Verhandlungen, endlich zustandegekommene Zusammenfassung nachstehender Verbände:

- 1. Verband der Kommunalbeamten und -angeheften Preußens.
- 2. Verband technischer Angeheften und Beamten.
- 3. Deutscher Vermeister-Verband Düsseldorf.
- 4. Verband deutscher Polizeibeamten.
- 5. Verband deutscher Berufsfeuerwehremänner.

Zweck dieses Zusammenschlusses ist die einheitliche Interessenvertretung der gesamten Kommunalbeamten- und Angeheften, so wie die Förderung der Arbeitsbedingungen in Frankfurt am Main. Wenn nun der 3. d. A. wie er angibt, die Interessen der dauerndangestellten Bürobeamten bei den Kommunen vertritt, so nimmt es mich unmeiner wunder, daß seiner Zeitschrift Zentral bis heute noch nicht den Anschlag an den Gewerkschaftsverband gefunden hat, oder sind wir ihm nicht radikal genug? (P. S. Die unter 2 und 3 angeführten Verbände arbeiten übrigens schon in der „A.“ mit dem 3. d. A. zusammen.)

Bermittlichtes.

Die Freiabgabe. Der „Vorwärts“ berichtet über gewaltige Demonstrationen der Arbeiterbewegung in Frankfurt am Main des Abbaues der Lebensmittelpreise. —

Ein Jenseitiger am Werke. Eine unangenehme Entdeckung machte Frau auf dem Heideberger Friedhof. Sie fanden an einem offenen Grab einen jungen Mann, der den Sarg zerbrochen hatte und die Gebeine des Verstorbenen am Grab reißend fortjerte. Er erklärte den Frauen, daß er keine Fleischmartern habe und sich daher kein Fleisch selbst beschaffen müsse. Der Friedhofswärter veranlaßte die Verhüllung des Irftünnigen, der aus Stuttgart gebürtig ist, und der das Grab seines eigenen, der zehn Jahren verstorbenen Großsohns geoffen hatte. —

Kleines Feuilleton.

An die Freunde der Kammermusik in Halle. Nachdem das Halle'sche Streichquartett in einer Reihe von Abenden Werke von Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann, Mendelssohn gegeben haben, bringt die V. Kammermusik (Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr in der Loge zu den 5 Thürnen) mit M. Dvorak Op. 51 Streichquartett Es-Dur und A. Brahms Op. 51 Nr. 2 Streichquartett A-Moll den Ibergang zur Moderne, um mit der VI. Kammermusik (im Hause des Juli-Dr. Fißner Op. 13 Streichquartett D-Dur, W. A. Mozart Op. 109 Streichquartett Es-Dur die erste Reihe der Halle'schen Kammermusik-Abende zu beschließen. —

Um die Vorübner der Halle'schen Kammermusik-Abende wirksamlich zu ermöglichen, ist es dringend geboten die Abende regelmäßig zu besuchen und der Kammermusik immer neue Freunde zuzuführen. Mögen gerade die mit so viel Lust und Liebe und so viel Mühseligkeit indurten Werke von Dvorak und Brahms am 1. Juli trotz der vorgerückten Jahreszeit vor einem vollen Hause dargeboten werden und den Zuhörer des Gosteporertes erheben lassen. „In Euch liegt die lebende Kraft, die das Schöne, das Höchste stiftet über die Sterne, das Leben trägt!“

Wer mit Dvorak und Brahms sich zu Schönheiten führen lassen will, ist herzlich eingeladen. Karten 2 bis 5 Mark (ohne Steuer), Studenten und Schüler 1 Mark weniger. —

Stadttheater. Heute Dienstag, abends 6 Uhr, gelangt Bedners „Die Weiblinger von Büren“ mit Kammerfräulein Friedrich Blagale als Frau Saha zur Aufführung. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr wird Lessings „Emilia Galotti“ wiederholt. Donnerstag „Die Bürger von Calais“. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, VIII. Konzert (III. Konzert der Robert Franz-Singakademie) „Die Jahreszeiten“ von Haydn, unter Leitung von Professor Alfred Reiknes. Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, Hans Sittmann Reiznis. D. Hans Sittmann Reiznis, Halle, Carl. Die Robert Franz-Singakademie. Die Freitag-Stammfänger netter am Sonntag zur Aufführung des Lullipolis: „Als ich noch im Hügelliebte“. Sonntags nachmittags Volksspieltheater „Tartuff“, Sonntag abends „Die Weiblinger von Büren“. —

Verette im Apollo-Theater. Am Donnerstag, den 1. Juli, wird das Apollo-Theater eine Operette aufführen, das Kaiser Retropolth hier, seinen Einsatz halten und zwar wird sie ihr Gespöiß mit der Aufführung der Operette „Griechen einleitet